

Stellungnahme des Vorbereitungskreises des Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften zum Offenen Brief des bundesweiten Arbeitsausschusses der Gewerkschaftslinken zur Demo am 12.6.2010

Auf der Sitzung vom 30. Juni des Vorbereitungskreises des Stuttgarter Zukunftsforum haben wir dort Anwesenden sehr ausführlich und intensiv über die Vorbereitung der Demo und dabei aufgetretene Probleme, den Verlauf von Auftaktkundgebung, Demonstration und Abschlusskundgebung am 12. Juni diskutiert. Wir haben hierbei neue örtliche -, baden-württembergweite - und bundesweite Informationen aus den Bündnisstrukturen und den Gewerkschaften aufgenommen und in unsere Überlegungen einbezogen. In deren Licht haben wir den Offenen Brief (OB) des bundesweiten Arbeitsausschusses (AA) der Gewerkschaftslinken kritisch bewertet.

Wir sind bei unserem Treffen zu folgenden Ergebnissen gekommen:

- uns haben Informationen zur korrekten Einschätzung der Demo und ihrem Verlauf gefehlt, weil sie in den entsprechenden Arbeitszusammenhängen (Bündnis/ZuFo...) nicht kommuniziert worden sind
- zum Teil hatten wir falsche/unzureichende Infos und haben deshalb teilweise falsche Schlüsse gezogen bzw. konnten uns keine umfassende Meinung bilden
- im OB sind die überaus positiven Aspekte der Demo mit keinem Wort erwähnt (richtiger Zeitpunkt, gute Beteiligung, sehr gute Auftaktkundgebung, Teilnahme vieler gewerkschaftlichen Gliederungen, etc.)
- es sind gerade die Gewerkschaftsgliederungen und Personen in der Kritik, die durch ihr Eintreten das Zustandekommen der landesweiten Demo des DGB in Stuttgart vorbereitet und die Hauptlast bei Mobilisierung, Organisation, Finanzierung getragen haben. Hingegen gibt es keine Kritik an denjenigen, die gegen den Termin waren und sich anschließend eher herausgehalten haben (IGM, IG BCE...)
- Aus der Form der Fragestellung ist der Eindruck entstanden, die Verantwortlichen hätten mit der Polizei zusammengearbeitet, was von diesen zurückgewiesen und als unsolidarische Unterstellung empfunden wird. Es gab allerdings auch keine Distanzierung vom Polizeieinsatz, deshalb musste bei Außenstehenden dieser Eindruck entstehen.
- es ist versäumt worden, vor Abfassen des OB mit den tragenden Verantwortlichen ein klärendes Gespräch zu führen und offene Fragen abzuklären
- diese Vorgehensweise hat zu persönlichen Verletzungen geführt, was wir sehr bedauern und wofür wir uns ausdrücklich entschuldigen. Dies war jedoch zu keiner Zeit beabsichtigt.
- wir bemängeln allerdings weiter, dass von Seiten der Veranstalter an manchen Punkten der Organisation im Vorfeld die Transparenz gefehlt hat, was manches Vorgehen nicht nachvollziehbar machte, und dass nicht alles offen und korrekt im Krisenprotestbündnis im Vorfeld abgesprochen wurde. So wurde z.T. dem Bündnis die Organisation aus den Händen genommen.
- wir bemängeln mehrheitlich das Verhalten gegenüber der Hip-Hop-Band, deren Äußerungen vor dem Hintergrund des massiven Polizeieinsatzes verständlich war
- wir halten mehrheitlich für richtig, dass auf solchen Veranstaltungen keine Vertreter von Parteien reden sollen, die für Agenda 2010, Hartz IV, Rente 67

verantwortlich sind, solange diese sich nicht nachvollziehbar von dieser Politik abwenden.

- wir halten fest an der Verurteilung des Polizeieinsatzes, der aber der Polizei und nicht den Veranstaltern anzulasten ist

Wir ziehen für die Zukunft folgende Schlussfolgerungen:

- dass vor Zustimmung zu OB oder ähnlichem die Vertreter des Stuttgarter ZuFo im bundesweiten AA die Diskussion im Zukunftsforum führen, um dann die mehrheitlich getragenen Positionen des ZuFo dort zu vertreten
- wir klären offene Fragen im Vorfeld ab und diskutieren sie mit den handelnden Akteuren
- wir führen Diskussionen und ggfs. Auseinandersetzungen unter Freunden und MitstreiterInnen auf solidarischer Grundlage, die die Beteiligten in ihren politischen Positionen respektiert, sofern nicht gemeinsame Grundprinzipien verletzt worden sind
- wir vermeiden persönliche Verletzungen und entziehen keinen MitstreiterInnen den solidarischen Hintergrund
- wir führen weiter eine intensive Debatte über die Politik der Gewerkschaftslinken und die Aufgaben der örtlichen Foren